

Alarm in der SP

Die Wahlen in Freiburg zeigen: Die Grünen reiben die Sozialdemokraten auf. Die SP findet kein Gegenmittel.

Francesco Benini

Unter den Sozialdemokraten hatten viele gedacht, dass sich der Trend bald abschwächen werde. Es kann ja nicht immer so weitergehen. Nun schwächt sich der Trend nicht ab – er verstärkt sich sogar noch.

Die Grünen gewinnen Sitze in den Schweizer Parlamenten und nehmen sie der SP weg. Das war in den nationalen Wahlen von 2019 so, und in den kantonalen Parlamenten setzt sich die Entwicklung seither fort. In Freiburg gewannen die Grünen am vergangenen Sonntag sieben Sitze im Kantonsparlament. Die SP büsste deren sieben ein. Auf einen Schlag verloren die Sozialdemokraten ein Viertel ihrer Mandate. Es ist ein Debakel.

Die SP hat jetzt in den kantonalen Wahlen seit 2019 mehr Mandate abgegeben als die FDP, die bisher das Schlusslicht bildete. In Freiburg gelang es den Freisinnigen, zwei zusätzliche Parlamentsitze zu holen.

Unter den Sozialdemokraten wächst die Sorge. Im Wahlbarometer der SRG, das vor einem Monat publiziert wurde, lag die Partei noch bei 15,8 Prozent. Das ist ein Prozent weniger als in den Wahlen von 2019, die für die SP bereits ein ernüchterndes Resultat brachten. «Wir sollten das Steuer dringend herumreisen», sagt ein Nationalrat. Aber das gelinge bisher nicht.

Unter Sozialdemokraten macht sich Ratlosigkeit breit

In kantonalen Wahlen spielen natürlich regionale Themen eine wichtige Rolle. In Freiburg legte Christian Levrat, der langjährige SP-Präsident, seiner Partei ein Ei. Er war als Kandidat für den Regierungsrat vorgesehen, gab dann aber dem Präsidium der Post den Vorzug. Diese Funktion hielt ihm SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga zu. Unter den Sympathisanten der Sozialdemokraten kam das nicht überall gut an.

Die Grundfrage ist aber: Warum profitiert die SP nicht von der grünen Welle, wo die Partei doch ökologisch ähnlich ausge-

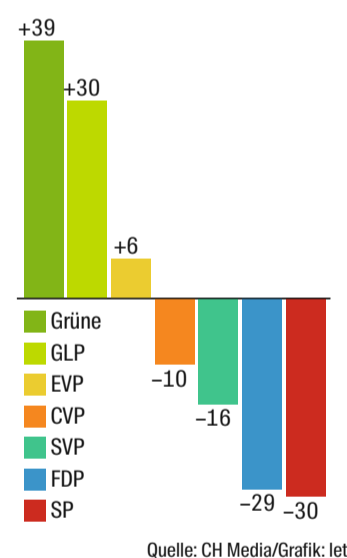


Grünen-Präsident Balthasar Glättli (links) nimmt SP-Co-Präsident Cédric Wermuth Wähler weg.

Bild: Keystone (Bern, 31. Mai 2021)

Kantonsbilanz nach 12 kantonalen Wahlen

Gewinne und Verluste an Sitzen



Quelle: CH Media/Grafik: let

richtet ist wie die Grünen? Und warum gelingt es der SP nicht, mit Themen zu punkten, welche weniger im Fokus der Grünen

stehen? In der Partei macht sich Ratlosigkeit breit. Die Sozialdemokraten stehen den Grünen nahe. Aber dass die nun der SP dermassen viele Wähler abspenstig machen – das muss nicht sein. Wie verhindert man das?

SP-Fraktionschef Roger Nordmann weist darauf hin, dass im Kanton Freiburg die Grünen «von einem tiefen Niveau kommen». In diesem Kanton dauert eine Legislaturperiode nicht vier, sondern fünf Jahre. 2016 hatte die grüne Welle noch nicht eingesetzt; die Grünen holten damals nur sechs Mandate im Parlament, das 110 Sitze zählt.

Nordmann meint ausserdem: Die Menschen hätten ein Zeichen setzen wollen nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes auf nationaler Ebene. «Ironischerweise profitieren davon die Grünen, die sich im Unterschied zur SP nur wenig eingesetzt hatten für die Annahme der Vorlage.» Und was sagt Co-Parteipräsident Cédric Wermuth zum Negativtrend? Er

unterstreicht erstens, dass in den Freiburger Regierungswahlen die rot-grüne Allianz funktioniert habe. Vier Linke lägen mit vorne, unter ihnen drei Sozialdemokraten.

Der rechte Flügel will aufs Thema Europa setzen

Dann richtet Wermuth den Blick nach vorne: «Wir werden klarer herausstellen, dass wir eine Politik für die Mehrheit in diesem Land machen», kündigt er an. Schon im Februar bekämpfte die Partei «neue Steuergeschenke für die Konzerne auf Kosten der Lohnabhängigen», und die SP werden gegen den «drohenden Rentenabbau» angehen.

Zudem wolle die SP nächstes Jahr zwei Volksinitiativen lancieren: «Die SP fordert eine flächendeckende, bezahlbare familienexterne Kinderbetreuung für alle. Und wir wollen den Finanzplatz bei der sozialen Nachhaltigkeit und beim Klimaschutz in die Pflicht nehmen.»

Reicht das? Ein Problem der Partei ist, dass sich der rechte Flügel zunehmend schwertut mit dem Einfluss der Gewerkschaften. Ständerat Daniel Jositsch meint: «Die SP sollte die stärkste proeuropäische Partei im Land sein und hat da etwas den Kompass verloren beim Rahmenvertrag.»

SP-Nationalrat Jean-Yves Maillard, der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, wünschte dem Vertrag früh ein schickliches Begräbnis. Jositsch fände es nun gut, wenn man im Dossier das Volk befragen würde. Er unterstützt grundsätzlich die Idee einer Volksinitiative – aber: «Es braucht dafür eine breite Allianz. Dass die Operation Libero vorgeprescht ist mit den Grünen an ihrer Seite, ist vom Vorgehen her nicht optimal.»

Wieder diese Grünen! Hält der Trend an, könnten sie der SP 2023 einen Bundesratssitz abnehmen. Wobei beide Parteien viel lieber die Bürgerlichen in der Regierung schwächen würden.

Luchs zuerst angeschossen, dann überfahren

Wallis Die Walliser Behörden haben eine Strafanzeige gegen unbekannt eingereicht. Sie haben Hinweise, dass ein tot auf der Autobahn gefundener Luchs möglicherweise angeschossen wurde.

Auf der A9 bei Miéville in der Walliser Gemeinde Vernayaz war ein Luchs nach einer Kollision mit einem Auto tot aufgefunden worden. Obwohl der Tod des Tieres auf mehrere durch den Unfall verursachte Frakturen zurückzuführen war, zeigt ein Autopsiebericht nun: Eine weitere Verletzung – eine Wunde und Metallsplitter – wurde wahrscheinlich durch ein Geschoss verursacht, wie die Walliser Behörden in einer Mitteilung von gestern Montag schreiben. Wegen des Verdachts auf Wilderei hat die Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen eine unbekannte Person eingereicht. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. In der Mitteilung bekräftigen die Walliser Behörden, dass sie jegliche Art der Wilderei verurteilen. Der Luchs sei eine streng geschützte Tierart und dessen Wilderei ein Vergehen, das von Amtes wegen verfolgt werde. (rwa)

WWF fordert Transparenz

Goldhandel Mehr Transparenz und Verantwortung: Das fordert die Umweltorganisation WWF auf Basis eines neuen Berichts über den Goldhandel in der Schweiz. Demnach werden hierzulande zwischen 50 und 70 Prozent des weltweiten Goldhandels abgewickelt – oftmals über Zwischenhändler.

Der Schweiz als «Knotenpunkt» für Goldhandel komme deshalb eine besondere Rolle zu, schreibt der WWF in einer Mitteilung vom Montag. Denn der Abbau von Gold stehe oft in Verbindung mit Sklaverei, Kinderarbeit und Zwangsprostitution. Zudem werde die Umwelt belastet. (gb)

Eltern lassen unter 12-Jährige in Deutschland impfen

Weil in der Schweiz Impfungen für Kinder unter 12 Jahren noch nicht zugelassen sind, weichen einige Eltern auf Nachbarländer aus.

Wien macht vorwärts. Die Stadt will ab Ende dieser Woche erlauben, dass Kinder unter 12 Jahren eine Impfung gegen das Coronavirus erhalten können, obwohl die offizielle Zulassung durch die Europäische Arzneimittelbehörde noch fehlt. Mit einer geplanten Kinderimpfstrasse reagiert Wien auf den Nachfragedruck von Eltern. Laut lokalen Medienberichten haben vier Kinderärzte bereits 1000 Kinder «off label» geimpft, das heisst, ausserhalb der behördlichen Zulassung.

In den letzten Wochen wurden auch in der Schweiz Forderungen nach Impfungen für alle lauter. So hat sich unter dem

Hashtag «ProtectTheKids» eine Interessengruppe mit rund 60 Mitgliedern formiert. «Ich erhalte immer wieder Anfragen von Eltern, die ihre unter 12-jährigen Kinder impfen lassen wollen», sagt Rui Biagini, Mitgründer und Vater dreier Söhne. In der Schweiz sei das allerdings schwierig, da die Zulassung fehle und Ärzte sich an die Empfehlungen des Bundes halten. «Einige Eltern lassen deshalb ihre Kinder in Deutschland «off label» impfen», so Biagini weiter.

Die Impfung ist hierzulande erst für Kinder ab 12 Jahren zugelassen. Anders als in unseren Nachbarländern sind die

Kinderärzte in der Schweiz vorsichtiger bei Off-Label-Impfungen. Rudolf Hauri, Präsident der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte, sagt: «Bei den Off-Label-Impfungen herrscht grosse Zurückhaltung, weil man ohne Datengrundlage doch ein gewisses Risiko eingeht.»

Kantonsarzt warnt vor «Off-Label-Impfungen»

Hauri warnt: Kinderärzte sollten eine Off-Label-Impfung im Interesse des Kindes sorgfältig abwägen und unter Umständen sogar noch eine Fachmeinung einholen. Auch liegt die Haftung dieser Impfungen bei den El-

tern, sofern die Kinderärztin oder der Kinderarzt ein oder beide Elternteile darüber informiert hat, dass die Impfung auf eigene Verantwortung erfolgt.

Nachfrage hält sich hierzulande in Grenzen

Bisher wurden in der Schweiz gemäss der Statistik des Bundesamts für Gesundheit lediglich etwas mehr als 150 Kinder unter 12 Jahren gegen das Coronavirus geimpft. Schweizer Kinderärztinnen und Kinderärzte impfen nur in Einzelfällen. «Es gibt einzelne Nachfragen von Eltern, die von Kinderärztinnen individuell geprüft werden, vor allem bei Kindern mit Risikoerkrankun-

gen», sagt Philippe Luchsinger, Präsident der Haus- und Kinderärzte Schweiz.

Obschon die Infektionszahlen auch bei Kindern unter zehn Jahren Ende Oktober stark angestiegen sind und immer mehr Kinder in Quarantäne müssen, reagieren die meisten Eltern gelassen.

Irmela Heinrichs ist Kinderärztin und Vorstandsmitglied des Berufsverbandes der Schweizer Kinderärzte. Sie stellt fest: «Eine grosse Nachfrage für die Impfung bei jüngeren Kindern können wir nicht beobachten.» Der Berufsverband spricht von wenigen Konsultationen und Anrufen, die seine Mitglie-

der vermehren. Eine Umfrage bei verschiedenen Kinderärzten bestätigt dieses Bild.

Christoph Berger, Präsident der Impfkommission, sagte letzte Woche gegenüber SRF, dass die Impfung für Kinder ab fünf Jahren vermutlich im nächsten Jahr in der Schweiz zugelassen werde. Auf jeden Fall werde es «keine Impfpflicht mit hohem Druck» geben. Insbesondere weil sowohl die Krankheitslast von Covid-19 als auch die Risiken einer Impfung bei Kindern sehr klein seien. Da wäge man zwei kleine Risiken gegeneinander ab.

Chiara Stäheli, Andrea Tedeschi